

Wir feiern heute 25 Jahre freie Wahlen und würdigen damit eine der wichtigsten Errungenschaften der friedlichen Revolution von 1989. Diesen Text habe ich, nebenbei erwähnt, am letzten Sonntag in Lissabon geschrieben. Auch eine Errungenschaft dieses Ereignisses. Während die Reiselust andauert, ist die Wahlfreude inzwischen ziemlich im Keller. War man zur Wendezeit noch bei 80 und mehr Prozent, so sind heute 50,% wie letzten Sonntag in Bremen keine Ausnahme mehr.

Nun sind zu dieser Feierstunden nicht so viele Anmeldungen eingetroffen, wie wünschenswert wäre. Wir sind als ehemalig oder aktuell politisch Aktive doch ziemlich unter uns. Frau Stark, unsere heutige Landtagspräsidentin und langjährige Zepernicker Ortsvorstehern sowie Vorsitzende der Gemeindevertretung hat zu ihrer Antrittsrede für dieses Amt den Zustand des zunehmenden Desinteresses an Wahlen und Politik beklagt und angeregt, wieder mehr Lust und Freude darauf zu wecken. Woher rührt dieser Zustand und wie kann man ihn ändern? Muss man es überhaupt? Es könnte ja auch sein, dass rückläufige Wahlbeteiligung Ausdruck einer gewissen Zufriedenheit und Gelassenheit ist, um es freundlich auszudrücken. Ich denke, das ist mindestens zum Teil so. Hohe Mobilisierung entsteht immer bei grundlegenden Richtungsentscheidungen. Das war 1990 so. Schneller Anschluss an die Bundesrepublik oder Föderation. Zwischen Allianz für Deutschland und SPD noch mehr der SED/ PDS lagen wirklich grundlegende Unterschiede. 40 Jahre Wahl der Kandidaten der nationalen Front - also einer Einheitsliste - taten ein Übriges. Man wollte Alternativen und erstmals konnte man solche wählen. Deshalb gingen die Bürger so zahlreich an die Wahlurnen. Es könnte also sein, dass der Umstand, etwas in Alternativen grundlegend entscheiden zu können, ein Mobilisierungsfaktor ist. Im Umkehrschluss ist der Eindruck, dass es eigentlich relativ folgenlos bleibt, ob man die eine oder andere Partei wählt, ein

Wahlustkiller. Es mag übrigens auch sein, dass 1990 viele Westdeutsche gerade in dieser Aufbruch und Umbruchsstimmung den großen Reiz dieser Zeit erlebten und deshalb in die neuen Länder kamen. Buschzulage hätte so gesehen einen gewissen Abenteuerbezug. Sie kamen ja aus einem satten und damit vielleicht schon etwas langweilig gut funktionierenden Staat.

Die Politik kann also mindestens zwei Wege gehen, sie kann den größtmöglichen Konsens suchen - den Eindruck hat man in der gegenwärtigen Alternativlosigkeit der nationalen Politik schon ein wenig. Die Folge ist dann u.U. geringe Wahlbeteiligung. Sie kann aber auch zuspitzen, Unterschiede zum Ausdruck bringen und die Bürger zum Dafür oder Dagegen herausfordern. Es ist demokratietheoretisch nicht gut, wenn die meisten politischen Mitbewerber in die Mitte rücken und beliebig werden.

Auch dagegen zu sein, ist übrigens Ausdruck einer politischen Haltung. Gar nicht selten organisiert das dagegen mehr Menschen als das dafür sein. Das ist im nationalen Rahmen nicht anders als in der Kommunalpolitik. Einige beklagen die Vielzahl unserer Bürgerbegehren und Bürgerentscheide als Ausdruck politischer Fehlentscheidungen und Unzufriedenheit der Bürger. Das sehe ich keineswegs so, ganz im Gegenteil. Konflikte und Gegensätze sind normaler Ausdruck differenzierten Interessenlagen. Es ist nicht Aufgabe der Politik, das zu nivellieren. Warum sollte man diese Interessengegensätze verstecken oder glatt ziehen? Ich gebe zu, es ist anstrengend, kostet Zeit und nicht zuletzt Geld, solche Auseinandersetzungen zu führen. Sei es um Kitastandorte, Schulen, Straßenbau oder Finanzierung der Wasserversorgung. Hier Alternativen anzubieten, ist sachgerecht und Ausdruck unterschiedlicher Lösungswege. Solche zugespitzten Fragestellungen fordern zur Haltung heraus. Sie bieten für Parteien und Bürgerinitiativen den Boden für politisches Engagement. Das Grundgesetz erklärt in Artikel 20 die Bundesrepublik zu einer pluralistischen

Ordnung. Der Gegensatz, der Widerspruch ist also der Normalfall, nicht die Ausnahme. Wir sollten es also nicht als Irrweg, sondern als Normalfall sehen, wenn es Streit und Debatten gibt. Daran ist in Panketal wahrlich kein Mangel. Fraglich ist, ob wir immer über das Wesentliche debattieren oder eher über Belangloses. Aber schon da beginnt die pluralistische Ordnung. Wer will festlegen, was wesentlich und was belanglos ist. Das findet sich eben erst in der Debatte. Es könnte aber sein, dass eher unspektakuläre Themen Ausdruck einer gewissen Zufriedenheit und Satttheit sind. Daran ist zunächst ja nichts Schlechtes, im Gegenteil, Zufriedenheit wünscht man sich ganz häufig und Satttheit war jahrhundertlang ein angestrebtes Ziel. Wenn man es dabei belassen würde, hätte man nicht die schlechteste aller denkbaren Lebenswelten in der heutigen Zeit.

Andererseits bedeutet dies Stagnationen und u.U. Langeweile. Wir könnten also die Wähler immer mal wieder herausfordern. Wieviel Staat möchten sie denn und was sind sie dafür bereit zu bezahlen?, wäre eine solche Frage. Diese Fragen sind auch ganz konkret herunter zu brechen. Zum Beispiel bei der Frage, wieviel Kinder eine Erzieherin betreuen soll, was sie dafür bekommt und vor allem, wer das bezahlt. Auch die Frage, wieviel ein Kitaessen kosten darf, ist so eine Frage. National ist so eine Frage, wieviel uns der Umstieg auf neue Energien und Mobilität kosten darf. Wie soll denn der Umstieg auf erneuerbare Energie funktionieren, wenn die einen Windräder ablehnen, die anderen Biogasanlagen und die dritten Stromtrassen?

Wir klagen über Verkehrslärm, von Auto und Bahn. O.k., machen wir Panketal zur Fahrradgemeinde und Straßen zu grünen Begegnungsräumen. Wenigstens überall Tempo 0. Ich bin gespannt, wie eine Nation, die sich noch nicht einmal vom schrankenlosen Rasen auf der Autobahn abbringen lässt, die

Innenstädte für Autos sperren oder diese zum Schleichen bringen kann. Aber vielleicht ja doch, es wurde nur noch nicht ernsthaft probiert. Wie weit werden die Bürger dies mittragen? Hat das schon mal jemand getestet? Global ist es die Frage, wie der neue Welthandel aussehen soll. Wie kann gesteuert werden, dass sich nicht Millionen Menschen aus Not und Elend eine neue Heimat suchen? Wie bereit sind wir für eine gerechte globale Weltwirtschaftsordnung die nichts anderes bedeutet, als das wir Wohlstand teilen. Kann der Staat die Wirtschaft noch steuern? Wie durchsetzungsstark ist Politik? Was billigt man ihr an Macht und Durchsetzungskraft zu? Wir sind ganz oft in einem Zielkonflikt, bei dem der Wunsch nach dem einen, das andere in Frage stellt.

Erfordert das Grundrecht, bei solchen Entscheidungsoptionen wählen zu dürfen, auch Vernunft und Aufgeklärtheit? Oder darf man sich auch unvernünftig an der Wahlurne entscheiden? So wie unsere politische Ordnung gebaut ist, darf man das. Man darf sich unvoreilhaft ernähren, auf schwarzen Pisten Ski fahren, BILD Zeitung lesen oder mit 200 km/h über die Autobahn brettern. Wie man wählt, ist Ausdruck eigener Überzeugungen und Interessen. Der Rest ist politische Bildung und Aufklärung. Wichtig wäre zweierlei, dass man eine Auswahl anbietet und dass man - also der Wähler - dieses Angebot annimmt. Das wird er wohl umso stärker tun, je mehr er sich individualisiert wieder erkennt. Demokratie ist kein Verfahren zur Herstellung einer großen Harmonie, bei der alle an einem Strick ziehen. Demokratie ist ein zivilisatorische Errungenschaft und Herrschaftsform, bei der man, ohne sich die Köpfe einzuschlagen, seine Interessengegensätze ausbalanciert. Möge uns das immer gelingen.